

Gebäudesanierung:

Wichtiger Baustein der Energiewende

■ Wohnen, Bauen, mobil sein – diese Themen repräsentieren zentrale Lebensbereiche eines jeden Einzelnen und unserer gesamten Gesellschaft. Fragen der Mobilitäts-, Bau- und Wohnungspolitik sind daher wesentliche Schlüsselbereiche für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Zugleich sind sie wesentliche Ansatzpunkte für das Gelingen der im breiten gesellschaftspolitischen Konsens eingeschlagenen Energiewende und zur Beherrschung des Klimawandels.

In Deutschland fallen etwa 70 Prozent des Endenergieverbrauchs und 40 Prozent der CO₂-Emissionen auf den Mobilitäts- und Gebäudesektor. Um unsere Klimaschutzziele also in absehbarer Zeit zu erreichen, muss das Verkehrssystem als Ganzes effizienter gestaltet und der Energieverbrauch von Gebäuden wesentlich gesenkt werden. Die Potenziale für mehr Klimaschutz und Energieeinsparung sind vorhanden. Die gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft muss es sein, sie mit differenzierten Strategien zielorientiert zu erschließen.

Die Regierungskoalition hat mit ihrem Energiekonzept bereits im September 2010 wegweisende Leitlinien für eine umweltschonende Energiearchitektur aufgezeigt. Die Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011 war dann Anlass, den bereits eingeschlagenen Weg hin zu erneuerbaren Energien weiter zu beschleunigen. Im Schlüsselbereich „Immobilie“ sind die Ziele sehr ehrgeizig: Bis 2050 streben wir einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand an. Für Neubauten soll dies bereits ab dem Jahr 2020 gelten. Ein wichtiger Schritt dahin ist die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie in deutsches Recht. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie haben wir die Novelle der Energieeinsparverordnung in Angriff genommen. Die Verhandlungen über die Details laufen nun auf Hochtouren. Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein: Die letzte umfassende Novelle liegt gerade knapp drei Jahre zurück. Wir dürfen den Bogen bei einer weiteren Verschärfung nicht überspannen. Pragmatisch orientierte Politik heißt hier für mich, mit Augenmaß zwischen dem technisch Sinnvollen, wirtschaftlich Machbaren und energiepolitisch Wünschenswerten abzuwägen. Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit müssen die tragenden Säulen dieses Vorhabens sein. Dieses klare Bekenntnis enthält auch das Energiekonzept. Eigentümer und Mieter dürfen nicht überfordert werden. Investitionsfreundlichkeit statt Sanierungszwang – alles andere würde eigentlich sinnvolle Investitionen für energieeffiziente Gebäude verhindern.

Ordnungspolitische Forderungen zu erheben ist das Eine. Mindestens ebenso wichtig ist es jedoch, Investoren zu ermuntern, über das gesetzlich Geforderte hinaus zu gehen und die Chancen einer Sanierung oder eines Neubaus bestmöglich zu nutzen. Genau dies tun wir. Mit gezielten Förderinstrumenten geben wir die notwendigen finanziellen Anstoßeffekte, um die energetische Qualität der Gebäude in absehbarer Zeit deutlich zu erhöhen. Die Programme, die wir seit 2006 gemeinsam mit der KfW Bankengruppe überaus erfolgreich auflegen, statten wir von 2012 bis einschließlich 2014 mit jährlich 1,5 Milliarden Euro aus. Wir bewirken damit Beachtliches, denn jeder Euro der öffentlichen Förderung löst 12 Euro an privaten Investitionen aus. Diese Investitionen sichern oder schaffen vor Ort jährlich bis zu 300.000 Arbeitsplätze – vor allem in der regionalen Wirtschaft. Um die Energiewende im Gebäudebereich auf ein noch breiteres förderpolitisches Fundament zu stellen und weitere Investitionen im Bestand anzuregen, brauchen wir zudem die steuerliche Förderung von energetischen Maßnahmen. Deshalb dränge ich weiter mit Nachdruck darauf, im Vermittlungsausschuss endlich eine Einigung zu unserem entsprechenden Gesetz zu Stande zu bringen. Es ist nicht einzusehen, dass die steuerliche Förderung von einigen Ländern blockiert wird. Wir brauchen dieses Signal, das der Energiewende einen kräftigen Zusatzschub verleihen würde. Bund und Länder müssen hier an einem Strang ziehen.

Der Erfolg der Energiewende im Gebäudebereich ist nicht zuletzt eine Frage von Innovationen. Neue Technologien und Baustoffe sind nicht nur wichtige Katalysatoren für mehr Energieeffizienz, sondern bieten auch erhebliche wirtschaftliche Chancen für die Unternehmen des Mittelstandes und der Bauwirtschaft – gerade auch für den Export. Gebäude-Energieeffizienz „made in Germany“ – auch dieses Potenzial gilt es gemeinsam zu erschließen. Ein Pionier des innovativen Bauens und Wohnens ist das „Effizienzhaus Plus mit Elektromobilität“ unserer Forschungsinitiative „Zukunft Bau“. Ressourcenschonung und die sinnvolle Nutzung von Synergieeffekten sind seine Markenzeichen. Ich bin davon überzeugt: Die Zukunft gehört der intelligenten, innovativen und kreativen Vernetzung von Wohnen und Mobilität.

Dr. Peter Ramsauer,
MdB, Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung